

ÖBAG wünscht sich Versachlichung der Diskussion rund um den VAMED-Anteilsverkauf

Wien, 17.7.2024 – Im Zusammenhang mit der aktuellen Kritik am Verkauf des ÖBAG-Anteils an der VAMED wäre es aus Sicht der ÖBAG wünschenswert, wenn die in Vorwahlzeiten geführte politische Diskussion auf Fakten basierte, erklärte ÖBAG-Vorständin Edith Hlawati.

Die VAMED ist bereits seit 1996 in privater Hand. Im Rahmen des Privatisierungsauftrags der österreichischen Bundesregierung unter Bundeskanzler Vranitzky verkaufte die ÖIAG 77 Prozent an Fresenius, eine im DAX notierende Aktiengesellschaft, und weitere 10 Prozent an die damalige Bank Austria, heute B&C Stiftung. Für die restlichen 13 Prozent der ÖIAG hatte Fresenius eine jederzeit ausübhbare Kaufoption, deren Ausübungspreis bereits 1996 fixiert wurde. Mit ihrem Minderheitsanteil stand der ÖBAG, die nicht im Aufsichtsrat vertreten war, kein aktienrechtlicher Einfluss auf die Entscheidungen des Mehrheitseigentümers Fresenius zu.

Für den nunmehrigen Verkauf der Rehakliniken durch VAMED an die PAI war die Übernahme des verbleibenden Anteils der ÖBAG an Fresenius weder Auslöser noch Voraussetzung. Eine Rückabwicklung würde daher nichts ändern.

Obwohl mehrheitlich in Besitz von privaten Eigentümern gab es seit der Privatisierung im Jahr 1996 weder öffentliche Kritik an den Standards der Führung noch an den Eigentumsverhältnissen der Rehabilitationszentren der VAMED. Im Übrigen befinden sich fast 70% der heimischen Rehabilitationszentren in privater Hand.

Fresenius musste der VAMED in den letzten Jahren immer wieder Liquidität in Millionenhöhe zuschießen, um deren Fortbestand zu ermöglichen. Eine finanzielle Beteiligung der Republik an diesen Zuschüssen fand nicht statt.

Rückfragehinweis:

Michael Mauritz

Head of Corporate and Capital Markets Communications

+43 1 71114-203 | +43 664 81 805 62

michael.mauritz@oebag.gv.at